LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
18/2336

A18

IHK NRW – Die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen

STELLUNGNAHME

Ihr(e) Ansprechpartner(in)
Dr. Matthias Mainz
E-Mail
Matthias.Mainz@ihk-nrw.de
Telefon
0211 367 02-14
Datum
30.01.2025

Stellungnahme von IHK NRW zur Anhörung der FDP-Fraktion (18/11598) zur Halbzeitbilanz

I. Die wirtschaftliche Lage

Unmittelbar vor der Landtagswahl im Jahr 2022 und der aktuellen Legislaturperiode sind der NRW-Wirtschaft mit der Eskalation des Krieges gegen die Ukraine viele elementare Herausforderungen erwachsen. Unmittelbar mit Kriegsbeginn spitzten sich die Fragen der Energieversorgung und damit der Energiepreisentwicklung dramatisch zu und hat unmittelbares Handeln der Bundes- und Landesregierung erfordert. Der Beginn der Legislaturperiode war aus Wirtschaftssicht zudem noch vom Auslaufen der Coronakrise und ihrer Folgen für die Wirtschaftszweige geprägt, die besonders unter den Schließungen gelitten hatten.

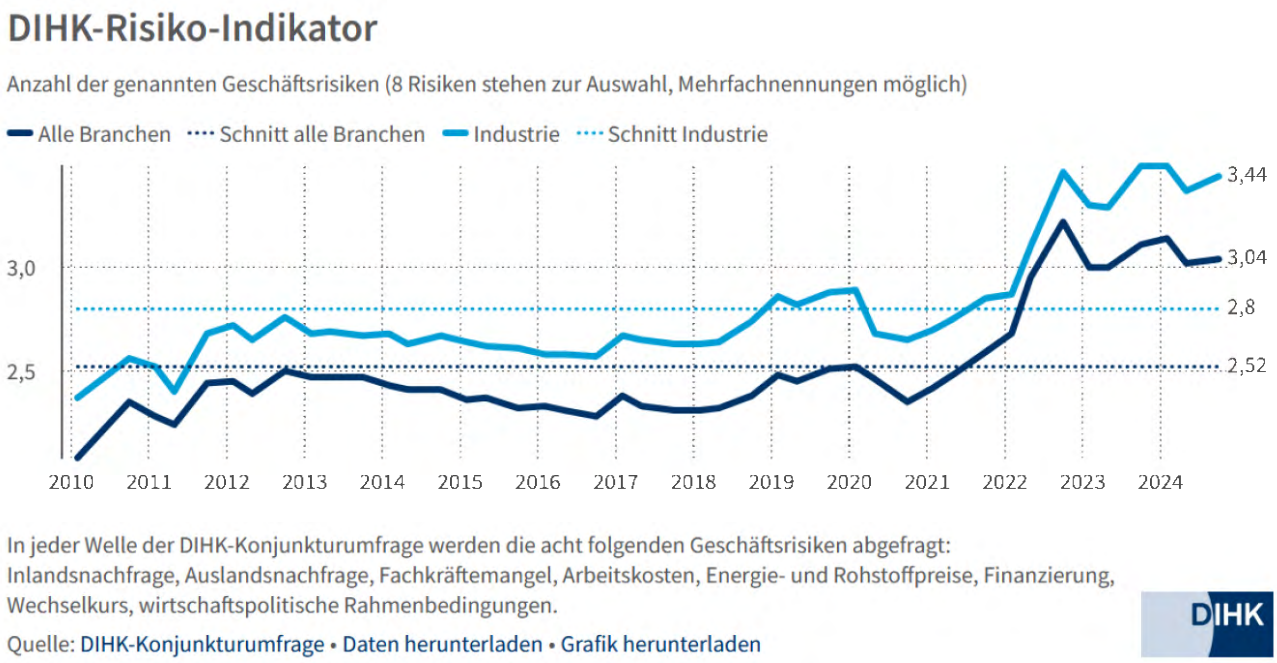
Zunächst lag aus Sicht der Wirtschaft daher der Fokus auf der Krisenbewältigung und der unbürokratischen Reaktion bei neu aufkommenden regulatorischen Fragen. Sinnbild waren im Bund der Ausbau der LNG-Terminals und die Diskussionen zu einem Industriestrompreis, im Land die beschleunigte Genehmigung von Anlagen beim Brennstoffwechsel und die Umsetzung der Härtefallhilfen.

Mit dem Fortdauern des Krieges konnte die Energieversorgung gesichert werden. Es wurde aber offenkundig, dass die Energiepreise nicht mehr auf das Vorkriegsniveau sinken. Damit hat sich die Position vieler NRW-Unternehmen im internationalen Wettbewerb dauerhaft, teils erheblich verschlechtert. Immer offener treten zudem die strukturellen Herausforderungen für den Standort zu Tage.

Zunehmend zeigt sich, dass Dekarbonisierung, Digitalisierung, demografischer Wandel und auch der wachsende internationale Wettbewerb insbesondere mit China aber auch den USA strukturelle Anpassungsprozesse ausgelöst haben, die die Wachstumsperspektiven der NRW-Wirtschaft langfristig angreifen.

Der Start in das Jahr 2025 ist für die Unternehmen denkbar schwierig: Die NRW-Wirtschaft muss sich an die veränderten, strukturellen Rahmenbedingungen anpassen und zusätzlich mit hartnäckigem, konjunkturellem Gegenwind kämpfen. Anfang Februar wird IHK NRW die neue Konjunkturumfragen der IHKs in NRW vorstellen (IHK NRW 2025). Für das laufende Jahr erwartet

IHK NRW frühestens zur Jahresmitte eine wirtschaftliche Beruhigung, aber keine echte Erholung. Deutlich wird das in der Risikobewertung der Unternehmen in den regelmäßigen Konjunkturumfragen. Der DIHK-Risikoindikator steigt bereits seit dem Jahr 2010 und hat im Herbst 2024 einen neuen Höchststand von 3,04 Punkten erreicht. Besonders hoch ist die Unsicherheit in der Industrie. Dort erreicht der Indikator bereits 3,44 Punkte.



II. Strukturelle Herausforderungen

Die wachsende Unsicherheit hat ihre Ursachen in mehreren, sich überlagendern strukturellen, zunehmend aber auch konjunkturelle Entwicklungen:

- **Demografie:** Jährlich scheiden etwa 100.000 ältere Arbeitskräfte mehr aus dem NRW-Arbeitsmarkt aus, als junge hinzukommen (IT.NRW). Die Zahl der übergabereifen Unternehmen steigt auf in der Zwischenzeit 40.000 Unternehmen. Jedes zehnte Unternehmen erwartet, keine Nachfolgerin oder Nachfolger zu finden und bereitet sich auf eine Stilllegung/ Liquidation vor (Nachfolgereport IHK NRW 2024). Gleichzeitig sinkt die Zahl der Gründungen.

- **Nachhaltige Transformation:** Wie das RWI Essen feststellt, drohen Arbeitsplatzverluste besonders in den Teilen der Industrie mit hohen CO2 -Emissionen und hohem strukturellen Anpassungsbedarf wie etwa der Kfz-Industrie. NRW ist davon besonders betroffen, da knapp ein Drittel aller NRW-Beschäftigten potenziell in diesen Branchen tätig ist (Konunkturbericht RWI Juni 2024). Viele Betriebe hemmen die hohen Investitionskosten und die Unsicherheit über zukünftige ökonomische und technologische Entwicklungen. In einer gemeinsamen Umfrage von IHK NRW und Energy4Climate gibt jedes fünfte befragte Industrieunternehmen an, dass die

Investitionskosten das zentrale Hemmnis für seine Transformation bilden (Energy4Climate 2024).

- **Energie:** Als Folge des dauerhaften Anstieg der Energiepreise sehen 39 Prozent der Unternehmen in Nordrhein-Westfalen ihre Wettbewerbsfähigkeit am Standort gefährdet. 32 Prozent der Unternehmen stellen aus diesem Grunde aktuell Investitionen in ihre Kernprozessn zurück (IHK NRW Energiwendebarometer 2024).

- **Digitaler Wandel:** Der technologische Fortschritt – in der Digitalisierung, Automatisierung und der Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI) – hat und wird einen maßgeblichen Einfluss auf den Arbeitsmarkt haben. Viele Tätigkeiten, Routineaufgaben, werden automatisiert. Dies betrifft nicht nur einfache manuelle Tätigkeiten, sondern auch administrative Aufgaben, die von fortschrittlichen Technologien übernommen werden. Infolgedessen wandeln sich derzeit traditionelle Berufe in allen Branchen. Für die heutige Arbeitswelt gewinnen grundlegende berufliche Qualifizierungen und kontinuierliche Weiterbildungen daher immer stärker an Bedeutung (IHK NRW Arbeitswelt 2024).

- **Globalisierung:** Der Höhepunkt der Liberalisierung des Welthandels scheint derzeit dauerhaft überschritten. Für einen exportorientierten Standort wie NRW ist dies kritisch. Fast zwei Drittel der außenwirtschaftlich aktiven Unternehmen in NRW gibt an, von Handelshemnissen betroffen zu sein. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit steht unter Druck, auch weil sich auf ehemalligen Absätzmärkten etwa in China der Konkurrenzdruck erhöht hat. Der Außenhandell fällt daher als Wachstumsmotor derzeit aus (NRW Außenwirtschaftsreport 2024).

- **Bürokratie:** In den Konjunkturumfrage der IHK-Organisation aus dem Herbst 2024 geben 69 Prozent der Unternehmen ein zu viel an Bürokratie als das TOP-Risiko für ihr Unternehmen an. Vereinfachungen wie etwa beim Ausbau der Erneuerbaren Energien zeigen, dass Prozesse wirksam beschleunigt werden können, wenn der politische Wille vorliegt. Ausdrücklich begrüßen wir daher die Ankündigung der Landesregierung vom 12.11.24, die Maßnahmen des Beschleunigungspakts im Bund umzusetzen und ein eigenes Paket zum Bürokratieabbau aufzulegen. Eine schnelle, wirtschaftsnahe Umsetzung ist dringend erforderlich (IHK NRW Bürokratieabbau 2024).

In der Summe führen diese strukturellen Herausforderungen aber zu einer massiven Verschlechterung der Wachstumsaussischten für Nordrhein-Westfalen. Dies spiegelt sich in der langfristigen Entwicklung der Konjunkturklimaindikatoren der IHK-Konjunkturumfragen für NRW wieder. Seit Sommer 2018 sinkt der Index kontinuierlich, lediglich unterbrochen durch eine kurze Gegenbewegung nach der Coronakrise. Der Abwärtstrend hält nun sechs Jahre an und verdeutlicht, in welche Schieflage der Standort geraten ist. Zudem liegt der Lageindex seit nunmehr fünf Jahren unter dem langjährigen Mittel. Ähnlich pessimistisch waren die Einschätzungen der Unternehmen zuletzt in der Phase um das Jahr 2003.

IHK NRW – Die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen e.V.
Berliner Allee 12 | 40212 Düsseldorf | Postfach 24 01 20 | 40090 Düsseldorf
0211 367 02-0 | 0211 367 02-21 | info@ihk-nrw.de | www.ihk-nrw.de
VR 7738 | Sitz Düsseldorf | Steuer-Nr. 133/5910/0390

Präsident: Ralf Stoffels | Hauptgeschäftsführer: Dr. Ralf Mittelstädt

Die strukturellen Probleme drücken zudem zunehmend auf die allgemeine Konjunkturlage. Die Inlandsnachfrage wird seit Herbst 2024 als TOP-Risiko von über 60 Prozent der Unternehmen bewertet. Kritisch sehen die Inlandsnachfrage vor allem Unternehmen aus der Industrie und aus dem Handel. Zunehmend werden auch nachgelagerte Branchen wie der Handel von der Unsicherheit getroffen. In vielen Innenstädten NRWs ist die Lage besorgniserregend. Stabil laufen dagegen noch Dienstleistungsbranchen wie die Informations- und Kommunikationstechnologie oder die Gesundheitswirtschaft.

Insgesamt droht in der Wirtschaft eine Abwärtsspirale, die wichtige Wertschöpfungsketten Nordrhein-Westfalens über die Industrie hinaus bedroht. Denn schon zwei von fünf Betrieben schätzen ihre Finanzlage insbesondere den Eigenkapitalrückgang als problematisch ein. Besonders betroffen sind die Branchen wie der Kraftfahrzeugbau und deren Zulieferbetriebe, in denen sich der Strukturwandel derzeit verschärft. Die Landesregierung muss ihrerseits unterstützen, damit die Unternehmen ihre Investitionstätigkeit am Standort nicht noch weiter einschränken (DIHK Konjunktur Herbst 2024).

Angesichts der strukturellen Herausforderungen muss die kommende Bundesregierung schnell die Grundlagen schaffen, damit sich die Stagnation nicht weiter verfestigt. Die Unternehmen brauchen ein deutliches Aufbruchssignal, um wieder richtig durchstarten zu können: wettbewerbsfähige Energiepreise und niedrigere Steuern sind ein erster Schritt - schnellere Genehmigungen sowie ein konsequenterer Abbau von Bürokratie, auch auf europäischer Ebene, ein zweiter. Als Drittes braucht es eine belastbare Finanzierung des Wandels in den Unternehmen und auch in den Kommunen, um Planungssicherheit zu schaffen und um Zukunft in NRW möglich zu machen.

IHK NRW sieht daher die Notwendigkeit für einen Neustart in der Wirtschaftspolitik. Die kommende Bundesregierung muss ihren Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und Sicherheit legen, ohne den Wandel hin zur Klimaneutralität aus dem Blick zu nehmen. Insgesamt ist es Zeit für mehr Geschwindigkeit: Komplizierte und widersprüchliche Regelungen verhindern Investitionen in Unternehmen, Infrastrukturen und in die Bildung. Deutschland steht sich vielfach selbst im Weg und verspielt Vertrauen.

Statt an einzelnen Stellschrauben zu drehen, brauchen wir neue, auf eine konsequente Digitalisierung und Effizienz ausgerichtete Verfahren. Es reicht nicht aus, Ziele zu formulieren. Politik und Verwaltungen müssen bereit sein, die Herausforderungen des Wandels anzunehmen, ohne Lasten auf zukünftige Generationen zu verschieben.

III. Handlungsfelder: Demografie - Wachstum- Handlungsfähigkeit

Die Mitgliederversammlung von IHK NRW hat am 13.11.2024 in einer Resolution die Sorgen um den Wirtschaftsstandort NRW herausgestellt und drei Haupthandlungsfelder formuliert: (1) Demografie annehmen- Fachkräfte sichern (2) Stillstand überwinden – auf Wachstum setzen (3) Handlungsfähig zu werden –Vertrauen zurückzugewinnen. Vor der Bundestagswahl hat IHK NRW dies

mit einem Handlungsleitfaden und konkreten Forderungen unterlegt. Viele Ansatzpunkte liegen im Europa und Bundesrecht. (IHK NRW zur Bundestagswahl. Resolution MV IHK NRW 2024. #FürN-RWinBerlin).

Vor der Bundestagswahl kommt es umso mehr auf das Land an. In der zweiten Hälfte der Legislatur muss die Landesregierung Nordrhein-Westfalens durch klare Prioritäten auf Wohlstand und Wachstum eine Guideline für den Wandel und damit neues Vertrauen für die politische Arbeit schaffen.

Zu (1) Demografie annehmen- Fachkräfte sichern
Der demografische Wandel bremst das NRW-Wachstum immer stärker. Ungeachtet der schlechten Konjunkturentwicklung schätzen über 40 Prozent der Unternehmen die Versorgung mit Fachkräften als Wachstumsrisiko ein. Der Fachkräftemonitor zeigt, wie sich die Entwicklung in den kommenden Jahren weiter zuspitzt (IHK NRW Fachkräfte).

Auf dem Ausbildungsmarkt werden die Probleme durch ein wachsendes, regionales Ungleichgewicht zusätzlich verschärft. So nehmen die Regionen zu, in denen Ausbildungsplätze nicht besetzt werden können, während es in anderen Regionen weiterhin junge Menschen ohne Ausbildungsplatz gibt (IHK NRW Ausbildung).

Die Fachkräfteoffensive der Landesregierung ist daher ein richtiger Schritt (Stellungnahme IHK NRW zur Fachkräfteoffensive 2023). Um den Ursachen des zunehmenden Mangels an Fachkräften zu begegnen, sollten nun schnellstmöglich die Maßnahmen umgesetzt werden – insbesondere bei der systematischen Nutzung von Kompetenzen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs und der gezielten Anwerbung internationaler Fachkräfte. Eine Dopplung zu bestehenden Aktivitäten ist zu vermeiden und es muss eine Abstimmung auf regionale Bedarfe erfolgen.

Beispiel ausländische Fachkräfte: Um dem Mangel an qualifizierten Fachkräften zu begegnen planen 54 Prozent der Unternehmen, ausländische Fachkräfte und Forschende in den eigenen Betrieb zu holen (IHK-Innovationsreport 2023). Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz des Bundes hat zuletzt einige Erleichterungen gebracht, dennoch ist die Anwerbung, die Anstellung und die Integration ausländischer Fachkräfte zu schwierig, so dass viele Unternehmen kapitulieren.

Die Verfahren müssen konsequent vereinfacht und digitalisiert werden. Integration muss als Gemeinschaftsaufgabe ins Zentrum der Politik gestellt werden. IHK NRW berät daher mit dem Projekt IQ NRW-West Unternehmen zur Fachkräfteeinwanderung (Netzwerk IQ). Die neue geplante Agentur des Landes geht ebenfalls in die richtige Richtung, sollte die Erfahrungen aus der IHK-Organisation aber aufnehmen. Das Land sollte zudem bereits heute für die kommende Bundesregierung eine neue Initiative für ein vereinfachtes Fachkräfteeinwanderungs- und Integrationsgesetz für Deutschland vorbereiten.

Die erfolgreiche Transformation der Arbeitswelt kann nur durch eine konsequente Stärkung der beruflichen Bildung und Weiterbildung gelingen. Studien zum Fachkräfte- und Arbeitsmarkt zeigen auf, dass hier der größte Handlungsbedarf liegt. Teilqualifizierungen bieten flexible Möglichkeiten,

Menschen ohne formalen Berufsabschluss oder mit veralteten Qualifikationen gezielt weiterzubilden. Teilqualifizierungen stellen daher eine zusätzliche wichtige Möglichkeit dar, um die Kompetenzen der Menschen ohne oder einem nicht mehr verwertbaren Berufsabschluss schrittweise auszubauen und den Bestand an Fachkräften in den Betrieben zu sichern. Dadurch wird die Arbeitswelt sowohl inklusiver als auch flexibler gestaltet.

Weitergehend sollte die Landesregierung darauf hinwirken, dass die Grund- und Sozialkompetenzen nach Beendigung der allgemeinen Bildung in NRW nachhaltige verbessert werden. Grundlage zur Fachkräftesicherung bleibt ein attraktives Angebot für die Kinderbetreuung in allen Kommunen sowie zur Pflege von Angehörigen (IHK NRW Transformation der Arbeitswelt).

Zu (2) Stillstand überwinden – auf Wachstum setzen

Den Berechnungen der Deutschen Bundesbank aus Dezember 2024 folgend ist das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vergangenen Jahr nochmals leicht um 0,2 Prozent gesunken. Für 2025 erwartet die Bundesbank frühestens zur Jahresmitte 2025 eine Belebung und insgesamt aber nur ein Wachstum von 0,2 Prozent. Auch in den Folgejahren sieht die Bundesbank keine durchgreifende Erholung, lediglich kleine Schritte mit bis zu 0,9 Prozent in den Folgejahren.

Wachstum ist kein Selbstzweck. Wachstum ist aber unerlässlich, um die wachsenden Aufgaben der öffentlichen Hand und der Unternehmen in der digitalen und nachhaltigen Transformation zu finanzieren, um den Menschen Arbeit zu geben und um den Wohlstand im Land und damit Akzeptanz für unser Wirtschaftsmodell zu sichern (#WachstumfürNRW, IHK NRW 2025).

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau KfW schätzt den Investitionsbedarf der öffentlichen Hand in Deutschland auf 20 Mrd. Euro jedes Jahr. Hinzukommt ein Investitionsstau bei Schulen oder Straßen von ebenfalls rund 50 Milliarden Euro in NRW, die Altschuldenproblematik und absehbar anwachsende Finanzierungsanforderungen bspw. aus der Kinderbetreuung oder für die Integration Geflüchteter sind dabei noch nicht berücksichtigt (KfW 2023).

Das Institut der Deutschen Wirtschaft schätzt den Investitionsbedarf zur Erreichung der Klimaneutralität für die Unternehmen auf rund 80 Mrd. Euro pro Jahr für die Jahre 2024 bis 2045. Um diese Investitionen zu stemmen, sind die Unternehmen auf Wachstum und Perspektiven angewiesen. Transformationsprojekte sind häufig durch überdurchschnittliche technische Risiken und Marktrisiken sowie fehlende Anfangsrenditen gekennzeichnet. Die Unternehmen müssen die Chancen des Wandels erkennen und die Risiken bei der Realisierung abschätzen können, um privates Kapital im erheblichen Umfang für den Wandel zu aktivieren (IW Köln für Fin.Connect.NRW, 2024). Derzeit herrscht vielfach Unsicherheit und fehlende Wettbewerbsfähigkeit.

Beispiel Energie
Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien zeigt sich, dass eine Beschleunigung durch den Abbau von Bürokratie auf Landes- und Bundesebene gelingen kann, wenn der politische Wille gegeben ist.

Im ersten Halbjahr 2024 hat sich der Ausbau des erfolgreichen Jahres 2023 besonders bei der Photovoltaik (PV) fortgesetzt. Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Nettostromerzeugung in Deutschland erreichte in den ersten sechs Monaten des Jahres 2024 rund 60 Prozent - ein neuer Höchstwert. An dem bundesweiten Anstieg hat NRW einen erheblichen Anteil.

Noch erfolgt der Ausbau der Erneuerbaren Energien deutschlandweit insgesamt zu langsam, um die politischen Ausbauziele zu erreichen. Die Preise für Energie verbleiben zudem auf einem Niveau, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit vieler Betriebe gefährdet (Energiewendemonitoring IHK NRW Juni 2024).

Die kommende Bundesregierung muss daher die Energiewende neu ausrichten. Oberstes Ziel wird die Sicherung der Netzstabilität und der Versorgungssicherheit zu bezahlbaren, wettbewerbsfähigen Preisen. Dafür braucht es kurzfristig eine Alternative zur Finanzierung des Netzausbaus, denn schon heute treiben Netzentgelte und Redispatchkosten die Strompreise mit weiter steigender Tendenz. Grundsätzlich sollte ein effektives Projektmanagement i. V. m. einem Controlling für die Energiewende aufgestellt werden. Dies ist auf Bundes- und Landesebene erforderlich um herauszufinden, 1. was die Energiewende bisher gekostet hat, 2. was noch auf uns zukommt, 3. wie die Finanzierung gelingen kann und 4. wann das Projekt Energiewende überhaupt abgeschlossen werden kann.

Der November 2024 hat erneut verdeutlicht, dass Wetterlagen ohne Wind und Sonne umfangreiche Reservekapazitäten unabdingbar machen. Die von der Bundesregierung angekündigte Kraftwerksstrategie zur Sicherung der Versorgung wird jedoch absehbar nicht kommen. Der von der Landesregierung initiierter Dialogprozess mit Bund-Länder-Arbeitsgruppen und den kraftwerksbetreibenden Unternehmen in NRW ist zwar ein wichtiger und richtiger Schritt. Damit fehlt aber nun ein wichtiger Baustein zur Sicherung der Versorgung.

Die Landesregierung muss daher jetzt selbst alles tun, um zusätzliche, gesicherte Kapazitäten für NRW zu ermöglichen. Um Planungssicherheit zu schaffen, muss die Landesregierung nun einen Plan B zum **Kohleausstieg 2030** vorlegen. Für einen Weiterbetrieb der vorhandenen Kapazitäten, über den potenziellen Streckbetrieb bis 2033 hinaus, müssen jetzt Konzepte – spätestens aber bis 2026 – entwickelt werden (Energiewendemonitoring IHK NRW Juni 2024).

Beispiel Fläche

Über den Pakt für Planungsbeschleunigung sind die Grundlagen gelegt worden, um den Hochlauf der Erneuerbaren weiter zu forcieren. Viele Maßnahmen müssen noch rechtssicher umgesetzt werden und dann auch im Verwaltungsalltag greifen. Die Landesregierung ist gefordert, die Vereinbarungen des Paktes schnell umzusetzen. Ein Hin und Her, wie zuletzt beim Landesplanungsgesetz oder dem Landesentwicklungsplan schafft Unsicherheit und verhindert den Hochlauf der Erneuerbaren.

Zum Lackmustest wird die Umsetzung der zweiten und die anstehende dritte Novellierung des **Landesentwicklungsplans**, um die Flächenversorgung der Erneuerbaren Energien, ihrer Infrastrukturen und der Wirtschaft zu sichern. Bereits im Jahr 2023 hat IHK NRW mit den Beteiligten der

Clearingstelle Mittelstand konkrete Vorschläge erarbeitet, wie die Versorgung der mittelständischen Industrie mit Fläche gesichert werden kann (Clearingstelle Mittelstand zur mittelstandsorientierten Flächenpolitik 2023).

Beispiel Finanzierung
In der anstehenden Transformation wird die Finanzierung zum entscheidenden Engpassfaktor für das Land, seine Kommunen, für öffentliche wie private Unternehmen (IHK NRW Kommunalfinanzen). Der Städte- und Gemeindebund schätzt, dass allein 40 Prozent seiner Kommunen in den kommenden Jahren in die Haushaltssicherung rutschen, weitere 20 Prozent sehen sich bedroht.

Wie eine Befragung von IHK NRW im Herbst 2024 ergab, haben bzw. planen viele Kommunen eine Anhebung der **Grundsteuer**-, teils auch der **Gewerbesteuerhebesätze** als Reaktion auf die wachsenden Herausforderungen. Der Umfrage folgend wird eine breite Mehrheit von 85 Prozent der Kommunen die Grundsteuer B anheben - und das, obwohl Nordrhein-Westfalen mit einem durchschnittlichen gewogenen Hebesatz von 632 Punkten einsame Spitze unter den Flächenländern ist (Bundesdurchschnitt 568). Die Grundsteuer wird damit immer mehr zum Instrument für den kurzfristigen Haushaltsausgleich. Und auch bei der Gewerbesteuer sind immer mehr Anhebungen angekündigt. Das neue Recht, differenzierte Hebesätze für die Grundsteuer B einzuführen, führt zu neuen Unsicherheiten und zu mehr Bürokratie (IHK NRW 2024).

Eine Lösung der Finanzierungsfrage der notleidenden Kommunen kann nicht allen über die Kommunalsteuern erfolgen, sondern erfordert eine grundlegend neue Investitions- und Finanzierungsplanung sowie eine umfassende Aufgabenkritik bei Kommunen, Land und dem Bund. Vor der Kommunalwahl 2025 sollte über eine grundlegende Reform der Gemeindefinanzierung nachgedacht werden, statt weiter die Löcher über die Gewerbe- und die Grundsteuer sowie möglichen neuen Abgaben zur ÖPNV-Finanzierung oder auf Rohstoffe zu kurzfristig zu stopfen.

Zu (3) Handlungsfähig zu werden –Vertrauen zurückzugewinnen

In den Umfragen, nicht nur der IHK-Organisation, wird die Belastung durch Bürokratie derzeit als das zentrale Problem für die wirtschaftliche Entwicklung am Standort Nordrhein-Westfalen benannt. Komplizierte und widersprüchliche Regelungen verhindern Investitionen in Unternehmen, Infrastrukturen und in die Bildung. Statt an einzelnen Stellschrauben zu drehen, brauchen die Unternehmen neue, auf eine konsequente Digitalisierung und Effizienz ausgerichtete Verfahren.

Es geht nicht immer nur allein um den Abbau von Regelungen. Zielkonflikte in den Verwaltungen können nicht vom Unternehmen gelöst werden. Durch die Einrichtung zentraler Verwaltungs-Lotsen, die die Entscheidungsfindung in den Behörden begleiten und steuern, könnte die Landesregierung Prozesse beschleunigen und die Entscheidungssicherheit stärken.

Beispiele Entlastung und Beschleunigung
Mit dem Pakt für Planungsbeschleunigung sind die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz vom 6. November 2023 (sog. Beschleunigungspakt) umgesetzt worden. Der Pakt setzt viele

Forderungen der IHK-Organisation zu Fristen, Vollständigkeit und Behördenbeteiligung im Genehmigungsverfahren um und kann deutlich zur Beschleunigung beitragen. Der Pakt eröffnet den Weg zu vollständig digitalen Verfahren und enthält verbindliche Fristen zur Vollständigkeitserklärung der Antragsunterlagen.

Die Umsetzung erfolgt allerdings sehr kleinteilig in zahlreichen Gesetzen etwa für Erneuerbare Energien, Wasserstoffelektrolyse, Geothermie, Speicher oder Wärmepumpen, Wohnungs- und Breitbandausbau. Zudem profitiert der Großteil der Investitions- und Transformationsprojekte in Deutschland (noch) nicht davon. Damit die Beschleunigung durch die vorgezogene Wahl nicht gestoppt wird, muss möglichst der aktuelle Bundestag die noch anhängigen Gesetze beschließen. Schnellstmöglich müssen die Gesetze auf alle bisher nicht ausgewählten Wirtschaftsbereiche erweitert werden (DIHK-Beschleunigungsmonitor).

Am 12.11.2024 hat die Landesregierung NRW ein erstes Maßnahmenpaket zum Bürokratieabbau und zur Entlastung und Beschleunigung vorgelegt, indem auch die Umsetzung von Vereinbarungen aus dem Pakt angekündigt wurden. Dem vorangegangen war eine intensive Diskussion mit mehreren Anhörungen im Land (Stellungnahme von IHK NRW zum Bürokratieabbau). Einige der dort angeregten Punkte u. a. Praxischecks und One-in-one-out sind in diesem Paket aufgegriffen worden. Nun muss es darum gehen, diese schnell umzusetzen.

Zentral wird es sein die Beschleunigung langfristig als ressortübergreifende Aufgabe ins Zentrum der Regierungsarbeit zu etablieren und einen Controllingprozess auf allen Verwaltungsebenen verpflichtend einzuführen. Statt kleinteiliger Entlastungen müssen Prozesse grundsätzlich auf den Prüfstand gestellt werden. Hierzu bietet die Digitalisierung beste Chancen. Beschleunigung beginnt zudem in den Köpfen. Erforderlich sind neue Anreizsysteme, die den Mindset in den Verwaltungen auf Wandel ausrichten. Durch die Clearingstelle Mittelstand kann eine mittelstandsorientierte Regulierung mit einem ganzheitlichen Blick auf besonders belastete Branchen institutionalisiert werden. Da in vielen Bereichen die Zuständigkeiten im Bund und in der EU liegen, sollte sich das Land für ein sofortiges Belastungsmoratorium etwa bei den Berichtspflichten der EU zur Nachhaltigkeit und Lieferketten einsetzen.

IV. Wachstumsimpulse für Nordrhein-Westfalen

Die jüngsten Ansiedlungserfolge für NRW zeigen, dass NRW ein starker und weltweit anerkannter Wirtschaftsstandort ist. Unsere Unternehmen wissen, dass der Wandel Härten mit sich bringt, sich aber immer auch Chancen bieten. Das, was sie vor allem brauchen, ist ein internationales und nationales Level-Playing Field, zukunftsfähige und wirtschaftsorientierte Rahmenbedingungen sowie Rückenwind aus der Politik. Bilaterale und multilaterale Freihandelsabkommen sind wesentliche Grundlagen für den globalen Handel und damit auch den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen aus NRW. Dann werden und können sie den Wandel kreativ, mutig und auch erfolgreich angehen und in die Zukunft des Standorts investieren.

Neben den oben angeführten Beispielen hat IHKN weitere, konkrete Handlungsempfehlungen zu den landespolitischen Handlungsfeldern mit Anstößen für eine NRW-Wachstumsagenda erarbeitet:

- **Außenwirtschaft:**
  Von den Unternehmen, die mit grundlegenden Herausforderungen im internationalen Geschäft konfrontiert sind, beklagen 60 Prozent bürokratische Hürden oder Unsicherheiten bei der Umsetzung von Regulierungen. Hindernisse für Unternehmen sind insbesondere die umfangreichen Berichtspflichten, mit denen sich 76 Prozent der Unternehmen konfrontiert sehen, aber auch die Einhaltung des lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes und die Umsetzung des im Oktober 2023 in Kraft getretenen Grenzausgleichsmechanismus CBAM.

  Hinweis zum Weiterlesen: Außenwirtschaftsreport von IHK NRW 2024

- **Digitalisierung:**
  Die Corona-Krise hat der Digitalisierung in den Betrieben in Deutschland einen spürbaren Schub gegeben. Dennoch gibt sich die NRW-Wirtschaft bei der Digitalisierung aber weiterhin nur die Note drei bis vier. Handlungsbedarf bei der Politik sehen die Unternehmen an erster Stelle beim Ausbau der digitalen Infrastrukturen und einer passgenauen Förderung zur schnelleren Umsetzung ihrer Digitalisierungsprojekte.

  Hinweis zum Weiterlesen: Digitalumfrage IHK NRW, 2022

- **Einzelhandel**
  Der Einzelhandel in NRW steht an einem entscheidenden Wendepunkt. Es braucht die Zusammenarbeit aller Akteure, um Innenstädte und Ortszentren wieder attraktiv zu machen. Innovative Ideen im Einzelhandel, verstärkte Unterstützung durch Kommunen und die Landespolitik sowie gezielte Förderung sind gefragt. Nur durch Anpassungsfähigkeit, neue Ansätze und gezielte Maßnahmen kann der Einzelhandel stabilisiert werden, so dass die Innenstädte eine Perspektive erhalten. Die Landespolitik sollte diesen Prozess aktiv begleiten und die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen.

  Hinweis zum Weiterlesen: Stellungnahme IHK NRW zur Lage im Einzelhandel 2025

- **Energie- und Wärmeversorgungsstrategie**
  - Um Planungssicherheit zu schaffen, muss die Landesregierung nun einen Plan B zum **Kohleausstieg 2030** vorlegen. Um die vorhandenen Kapazitäten über den potenziellen Streckbetrieb bis 2033 hinaus nutzen zu können, müssen bereits jetzt Konzepte entwickelt werden – spätestens aber bis 2026. Die Planung, Genehmigung und der Bau der Kraftwerke dauern nämlich bis zu sieben Jahre. Ein Konzept für einen Plan B ist entlang von 5-8 Prüfkriterien aus Unternehmensperspektive zu entwickeln (Preisbildungsphänomene bei Rückgang von Produktionskapazitäten, Produktionsverlagerungen, Kapazitätsauslastung, Auftragslage).
  - Zur kommunalen Wärmeplanung in NRW: Die Energieversorgungsunternehmen erachten das Instrument der kommunalen Wärmeplanung (insb. Bestands- und Potenzialanalysen)

als sinnvoll. Denn die individuelle Bestands- und Bedarfslagen werden darin identifiziert. Viele der EVUs haben bereits entscheidende Schritte vollzogen, manche sind sogar mit der Wärmeplanung weitfortgeschritten. Die eingeschlagene Richtung sollte beibehalten werden. Wichtig ist zu beachten, dass es keine einheitlichen Lösungen geben kann, sondern immer die Besonderheiten vor Ort berücksichtigt werden. Insbesondere die Abwärmepotentiale und Wärmebedarfe der Industrie sind stärker zu berücksichtigen .

Hinweis zum Weiterlesen: Plan B für die Energiewende, IHK NRW 2025

- **Europa:**
  Die NRW-Wirtschaft ist auf eine starke und handlungsfähige EU angewiesen, die sicheres Wirtschaften ermöglicht. Europa muss noch stärker den globalen Standortwettbewerb in allen Lebens- und Wirtschaftsbereichen annehmen. Zuletzt hat sich die EU auf die regulative Rechtssetzung konzentriert, die in ihrer Komplexität viele Unternehmen überfordert.

  Hinweis zum Weiterlesen: Zeit für Europa – Zeit für Wachstum, IHK NRW 2024

- **Fachkräfteoffensive 2023:**
  IHK NRW begrüßt das Vorhaben der Arbeits- und Fachkräfteoffensive der Landesregierung. Dies ist notwendig, um dem drängenden Fachkräftemangel in Wirtschaft und Verwaltung zu begegnen, den Wirtschaftsstandort NRW zu sichern und den Wohlstand im Land zu erhalten. Aufgrund des mittlerweile breiten Fach- und Arbeitskräftemangels müssen die Planungen in Abstimmung mit der Wirtschaft erfolgen und alle Branchen gleichbehandeln.

  Hinweis zum Weiterlesen: Stellungnahme IHK NRW 2023

- **Flächenversorgung**
  Ein attraktives Flächenangebot stellt einen zentralen Schlüssel für die mittelständische Wirtschaft in NRW dar, um insbesondere auch in der energetischen und digitalen Transformation erfolgreich zu agieren. Mit der Transformation von Geschäftsmodellen gehen veränderte Nutzungsansprüche und Bedarfe der Unternehmen an Flächen und Betriebsstätten einher. Viele Unternehmen stehen zudem vor der Herausforderung, ihre Flächennutzung an die Folgen des Klimawandels wie Überflutung, Starkregen oder Hitzewellen anzupassen. Zudem werden Flächen zum Ausbau der Erneuerbaren Energien benötigt, einhergehend mit neuen Flächenkonkurrenzen für Industrie- und Gewerbeflächen.

  Hinweis zum Weiterlesen: Stellungnahme der Clearingstelle Mittelstand zur mittelstandsorientierten Flächenpolitik 2023)

- **Freiheit statt Regulierung**
  Wirtschaftlicher Erfolg basiert auf Gewerbe- und Vertragsfreiheit sowie auf einem freien und fairen Wettbewerb. Unverhältnismäßige und nicht zielorientierte Regulierung behindert den Wettbewerb. Unklarheiten führen zu Rechtsunsicherheiten und erhöhtem Beratungsaufwand. Die Unübersichtlichkeit des Rechtsrahmens unternehmerischer Tätigkeit ist zu einem eigenen Compliance-Risiko geworden und begründet so zusätzliche Bürokratie und Aufwand. Die jüngst

von Seiten der EU-Kommission angekündigten Vereinfachung der Vorschriften sind bestmöglichst auf die landesrechtlichen Ausformungen abzustimmen und umzusetzen.

Hinweis zum Weiterlesen: Weniger Regulierung wagen

- **Grunderwerbssteuer STN 2024**
  Für die gewerbliche Wirtschaft stellen Grundstücke und Gebäude ein wichtiges Produktionsmittel dar. Durch die Grunderwerbsteuer werden flächenrelevante Transaktionen und betriebsnotwenige Anpassungen verteuert. Eine hohe Steuerlast führt dazu, dass notwendige Anpassungen in der Fläche und am Grundstück verschoben werden oder unterbleiben. Mit einem Steuersatz von 6,5 Prozent bei der Grunderwerbsteuer liegt NRW im Ländervergleich an der Spitze.

  Hinweis zum Weiterlesen: Stellungnahme IHK NRW zur Grunderwerbssteuer 2024

- **Haushaltsplanungen des Landes 2025:**
  Die Haushaltsplanungen des Landes und der Kommunen stehen unter einem konjunkturellen Vorbehalt. Dennoch muss jetzt die Basis gelegt werden, damit NRW langfristig auf einen Wachstumspfad zurückkehren kann. Die Investitionsquote des Landeshaushaltes stagniert auch im kommenden Jahr 2025. Das wird nicht ausreichen, um einen Investitionshochlauf in NRW auszulösen.

  Hinweis zum Weiterlesen: Die zentralen Fakten für NRW im Haushaltsentwurf 2025

- **Industiestandort NRW**
  Die Transformation der Industrie in unserem Land kann nur gelingen, wenn die Industrie hier in NRW in ihre Zukunft investiert und ihre Rolle als global geschätzte Problemlöserin annehmen kann. Die NRW-Industrie ist auf den globalen Märkten aktiv und muss, bei uns auf Produktonsbedingungen stoßen, die mindestens so gut wie die in anderen hochindustrialisierten Ländern sind.

  Hinweis zum Weiterlesen: Mehr Wertschätzung für Wertschöpfung, IHK NRW 2023

- **Innovationen:**
  Komplexe Zulassungs- und Genehmigungsverfahren ebenso wie kleinteilige Dokumentationspflichten binden in Zeiten des Fachkräftemangels wichtige Personal- und Zeitressourcen. Hinzu kommen detaillierte Produktvorschriften sowie langwierige und komplizierte Antragsverfahren bei der Innovations- und Forschungsförderung.

  Hinweis zum Weiterlesen: Für ein zukunftsfestes NRW – Impulse für die Innovationspolitik, IHK NRW 2024

- **Kommunale Finanzierung:**
  Die Politik hat mit klaren politischen Zielsetzungen Unternehmen und Private zur Transformation verpflichtet. Nun muss sie den nächsten Schritt gehen und für die öffentliche Hand die Voraussetzungen schaffen, damit das Land den Wandel annehmen kann.

  Hinweis zum Weiterlesen: Position IHK NRW zur nachhaltige Finanzierung 2024

- **Nachfolge: Report 2024**
  In Nordrhein-Westfalen stehen in den nächsten zehn Jahren 305.000 Familienbetriebe mit rund 1,8 Millionen Beschäftigten vor der Herausforderung, geeignete Nachfolgerinnen und Nachfolger für die Unternehmensspitze zu finden. Die Baby-Boomer gehen in Rente – der Generationenwechsel wird immer mehr zu einer Bewährungsprobe für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen.

  Hinweis zum Weiterlesen: Nachfolgereport IHK NRW 2024

- **Rohstoffversorgung sicherstellen**
  In NRW besteht massiver Bedarf an heimischen Rohstoffen bspw. für den Bau und Erhalt der Infrastruktur, den Wohnungsbau sowie insbesondere die energetische Transformation. Die Politik sollte sowohl den Zugang zu heimischen Rohstoffen als auch die Verfügbarkeit von Sekundärrohstoffen sicherstellen. Nur wenn wir beide Wege beschreiten, lässt sich unsere Wirtschaft ausreichend versorgen.

  Hinweis zum Weiterlesen: Potentiale nutzen und Zugang sichern

- **Steuern: Wettbewerb ernst nehmen**
  Steuerbelastungen bestimmen in hohem Maße die Rahmenbedingungen, unter denen sich die deutschen Unternehmen gegenüber der internationalen Konkurrenz behaupten müssen. Die letzte umfassende Reform der Unternehmensbesteuerung in Deutschland datiert aus dem Jahr 2008. Im internationalen Ranking belegt Deutschland einen der letzten Plätze.

  Hinweis zum Weiterlesen: Unternehmensteuerreform jetzt

- **Transformation der Arbeitswelt**
  Die erfolgreiche **Transformation der Arbeitswelt** erfordert eine klare, zukunftsorientierte Strategie, die auf der Stärkung von Qualifikationen, der Förderung von Innovationen und stabilen Rahmenbedingungen basiert. Um die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen zu steigern und ihre langfristige Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Bildungseinrichtungen und Politik unerlässlich. Trotz der angespannten Haushaltslage stellt sich die Frage nach dem Handlungsspielraum der Politik – doch gerade jetzt sind umfassende Investitionen in Bildung, Qualifizierung, Forschung und Entwicklung sowie in die Infrastruktur von entscheidender Bedeutung.

  Hinweis zum Weiterlesen: Stellungnahme von IHK NRW zur Arbeitswelt 2024

- **Tourismus – Wirtschafts- und Standortfaktor:**
  Das Tourismusbarometer zeigt die Bedeutung und den Stellenwert des Tourismus als Wirtschafts- und Standortfaktor für das Land Nordrhein-Westfalen und seine Regionen. Der Tourismus kommt nur langsam Stück für Stück aus der Krise heraus. Weiter belasten die Unternehmen Herausforderungen wie die Inflation, die Transformation zur Nachhaltigkeit, der anhaltende Fach- und Arbeitskräftemangel und die unklaren Auswirkungen der Steuerpläne der Bundesregierung ab 2024. Hilfreich wäre im Land eine klare Fokussierung auf die Bedarfe des Tourismus bspw. durch die Einrichtung einer interministeriellen Arbeitsgruppe.

  Hinweis zum Weiterlesen: Tourismusbarometer NRW 2023

- **Verkehr und Mobilität:**
  Staus und marode Brücken lähmen das Land. Auch bei Bahn, Radwegen oder Wasserstraßen geht es kaum voran, Bauvorhaben stocken bei allen Verkehrsträgern. IHK-Umfragen zeigen, dass viele Betriebe Investitionen aufschieben, einige stellen den Standort infrage.

  Hinweis zum Weiterlesen: Verkehrspolitische Leitlinien von IHK NRW 2023

- **Wachstumsbranchen: Gesundheit:**
  Die Gesundheitswirtschaft bietet enormes Potenzial für Innovation, Beschäftigung und Export. Dies gilt insbesondere für Bereiche wie Medizintechnik, Biotechnologie und digitale Gesundheitslösungen. Zielgerichtete Innovationsförderung und der Ausbau internationaler Wettbewerbsfähigkeit könnten den Standort NRW langfristig stärken. Strategien zur Fachkräftesicherung in der Gesundheitsbranche, z. B. durch schnellere Anerkennungsverfahren ausländischer Qualifikationen oder Weiterbildungsangebote für digitale Kompetenzen, sind essenziell.

  Hinweis zum Weiterlesen: Chance Gesundheitswirtschaft

- **Wirtschaftsfaktor Migration:**
  Aktuell machen Menschen mit Einwanderungsgeschichte 28,5 Prozent der Erwerbstätigen in NRW aus. Diese sind nicht nur in hohem Maße selbstständig tätig, sondern gründen auch überproportional häufig Unternehmen. Mehr als jede vierte Gründung in Nordrhein-Westfalen geht auf Personen mit einem Migrationshintergrund zurück. Dies unterstreicht ihre Rolle als Impulsgeber für Innovation und Unternehmertum hier bei uns in NRW. In Zukunft wird ihre Bedeutung für den Wirtschaftsstandort NRW weiterwachsen.

  Hinweis zum Weiterlesen: Position IHK NRW Wirtschaftsfaktor Migration 2024

IHK NRW ist der Zusammenschluss der Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen. IHK NRW vertritt die Gesamtheit der IHKs in NRW gegenüber der Landesregierung, dem Landtag sowie den für die Kammerarbeit wichtigen Behörden und Organisationen.

IHK NRW – Die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen e.V.
Berliner Allee 12 | 40212 Düsseldorf | Postfach 24 01 20 | 40090 Düsseldorf
0211 367 02-0 | 0211 367 02-21 | info@ihk-nrw.de | www.ihk-nrw.de
VR 7738 | Sitz Düsseldorf | Steuer-Nr. 133/5910/0390

Präsident: Ralf Stoffels | Hauptgeschäftsführer: Dr. Ralf Mittelstädt